



AARGAUER

AARGAUER TAGBLATT AARGAU, LENZBURG, WYNEN- UND SUHRENTAL



Die Regierung argumentiert, die Grundbuchabgabe hindere im Aargau den Erwerb von Wohneigentum nicht.

KEYSTONE

Heisser Lauf um die Grundbuchgebühr

Grundstückkauf Ob Abgabe nur noch kostendeckend sein soll, steht politisch auf Messers Schneide

VON MATHIAS KÜNG

2010 landete der damalige SVP-Gross- und heutige Nationalrat Hansjörg Knecht einen Coup: Gegen vehementen Widerstand der Regierung brachte er im Parlament mit 69 zu 48 eine Motion durch, mit der er die Umwandlung der Handänderungsgebühr in eine nur noch kostendeckende Gebühr verlangte. Damit entgingen dem Kanton laut Regierung 36 Mio. Franken jährlich. Anlässlich der jüngsten Steuerreform und dann wieder beim Sparpaket beantragte sie dem Parlament erfolglos die Abschreibung der Motion. So gab sie halt eine Umsetzungsvorlage in die Vernehmlassung und verweist darauf, dass die Mindereinnahmen 1,9 Steuerprozenten entsprechen. Die Regierung schreibt: «Dies würde ohne Steuererhöhungen zu einem weiteren Abbau von staatlichen Leistungen oder einem Defizit in der Rechnung führen.»

Zwei gleich grosse Lager

Eine Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen zeigt, dass sich die Kräfteverhältnisse seit 2010 leicht – unter Umständen aber entscheidend – verschoben haben. 2010

Nebenkosten beim Grundstückkauf

Wer ein Grundstück kauft, muss in einigen Kantonen eine unterschiedlich hohe Handänderungssteuer, in anderen (darunter im Aargau) eine **Grundbuchgebühr** zahlen. Dazu kommen **Notariatskosten**. Am wenigsten verlangt Schwyz. Bei einem Kaufwert von 500'000 Franken werden dort 105 Franken fällig. Zürich verlangt 1,5 Promille des Werts, in diesem Fall also 750 Franken. Als fünftgünstigster Kanton folgt der **Aargau mit 4 Promille** oder 2000 Franken. Bern und Neuenburg z. B. verlangen massiv mehr. (AZ)

stimmten neben den geschlossenen SVP, FDP, EDU und SD auch fünf CVP- und drei EVP-Vertreter für die Motion. SVP, FDP und EDU bleiben bei ihrem klaren Ja für die Vorlage. Sie haben zusammen 69 Stimmen. Ihnen schliessen sich der Aargauische Gewerbeverband, die **Aargauische Industrie- und Handelskammer** und der Hauseigentümerverband Aargau an, dessen Präsident Hansjörg Knecht ist.

EVP jetzt im Nein-Lager

Im ablehnenden Lager sind wie schon 2010 SP, Grüne, BDP und GLP sowie die CVP, unterstützt vom Aargauischen Gewerkschaftsbund und dem VPOD. 2010 stimmten allerdings noch 5 CVP-Grossräte für die Motion Knecht. Heute aber wendet sich die CVP – die Partei von Finanzdirektor Roland Brogli – ganz entschieden gegen die Motion Knecht bzw. die daraus hervorgegangene Vorlage. Die beiden Schweizer Demokraten sind nicht mehr im Rat.

Das Zünglein an der Waage wird so die EVP, die damals drei Ja-Stimmen beigesteuert hat. Was macht sie heute? Laut Präsident Roland Bialek hat die EVP eine negative Stellungnahme abgegeben. Im Grundsatz finde man das Anliegen der Motion Knecht weiterhin richtig, zum jetzigen Zeitpunkt könne man es aber nicht unterstützen. Schon die Steuerreform führe zu Einnahmehausfällen, dazu komme das Sparpaket. Jetzt fehle der finanzielle Spielraum für weitere Ausfälle von 36 Millionen.

Wenn die Parteien ihre Haltung auch gegenüber der im August zu erwartenden, definitiven Vorlage beibehalten, stehen sich im Grossen Rat bei deren Behandlung im letzten Quartal 2014 zwei praktisch gleich grosse Lager gegenüber: 69 Stimmen für und 71 gegen eine nur noch kostendeckende Grundbuchgebühr.

Entscheiden die Abwesenden?

Die zahlenmässig hauchdünn unterlegenen Befürworter haben aber einen wichtigen Verbündeten: SVP und FDP weisen nämlich eine hohe Sitzungsdisziplin aus, in der Mitte und in der linken Ratshälfte fehlen meist mehr Grossräte. So war es auch

2010, als die Motion Knecht überwiesen wurde. Bei der Abstimmung fehlten bei FDP und SVP zusammen 8, in der anderen Ratshälfte 13 Grossräte, darunter allein 7 von der CVP. Angesichts der beiden gleich grossen Lager könnte also am Tag der Entscheidung ausschlaggebend sein, in welcher Ratshälfte weniger Leute fehlen.

Kommentar rechts

Am Tag der Entscheidung könnte ausschlaggebend sein, in welcher Ratshälfte weniger Leute fehlen.